

Grüne machen Tempo 30

Ralph Saxe: Nicht unerhebliche Teile der Stadt betroffen / ADAC und CDU befürchten Salamiaktik



Auf der Schwachhauser Heerstraße soll nach dem Willen der Grünen zwischen Metzger Straße und Hollerallee künftig Tempo 30 gelten.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

VON HAUKE HIRSINGER

Bremen. Mit 30 Stundenkilometern auf der Schwachhauser Heerstraße fahren. Der verkehrspolitische Sprecher der grünen Bürgerfraktion könnte sich das vorstellen. Zumindest stadteinwärts zwischen Metzger Straße und Hollerallee. „Es geht uns um die Verkehrssicherheit“, sagt Ralph Saxe. „Schließlich ist der Bremsweg bei 50 Stundenkilometern doppelt so lang wie bei 30.“

Hintergrund ist ein Bürgerantrag der Grünen, über den die SPD voraussichtlich diesen Montag in ihrer Fraktionssitzung debattieren wird. Darin fordern die Grünen, Tempo 30 in der Umgebung von Schulen und Kindergärten einzuführen. Darüber hinaus solle der Verkehrssensor prüfen, ob eine ähnliche Regelung nicht auch bei Krankenhäusern sowie Senioren- und Behinderteneinrichtungen sinnvoll sei. Saxe schätzt, dass das reduzierte Tempo rund 100 Meter vor und 100 Meter nach den Schulen und Kitas sinnvoll sein könnte. Dieses genauer herauszufinden sei aber Aufgabe der Fachverwaltung.

„Es geht um den Schutz von Menschen“, sagt Saxe. „Da haben wir Nachholbedarf.“ An diesen Orten sei vielfach von einer „besonderen Gefährdungslage“ auszugehen. Es sei auch zu prüfen, ob es nicht auch Konstellationen gäbe, in denen ein durchgängiges Tempo-30-Gebot Sinn machen würde. Beispielsweise wenn auf eine Schule ein Krankenhaus und schließlich eine Kita

folge – so wie auf dem Abschnitt der Schwachhauser Heerstraße. „Dort gab es bereits Unfälle“, so Saxe.

Rot und Grün hatten sich bereits im Koalitionsvertrag auf eine Tempo-30-Regelung geeinigt. Darin heißt es: „In der Umgebung von Schulen und Kindergärten werden wir überall Tempo 30 einführen.“ Der jetzige Antrag signalisiert jedoch Kompromissbereitschaft. „Wir sind nicht dogmatisch. Wir fordern, jeweils die örtlichen Gegebenheiten zu beachten. Der Antrag lässt auch Ausnahmen zu.“ Grundsätzlich sei jedoch davon auszugehen, dass zukünftig „nicht unerhebliche Teile der Stadt“ von der neuen Regelung betroffen sein werden, sagt Saxe.

Beim Koalitionspartner nimmt man den Antrag zumindest in Teilen positiv auf. „Die Verkehrssicherheit ist ein hohes Gut. Insbesondere bei Schulen und Kindergärten“, sagt die verkehrspolitische Sprecherin der SPD, Heike Sprehe. Man müsse jedoch den Einzelfall prüfen und pragmatische Lösungen finden. „Beispielsweise könnte ich mir auch die zeitliche Befristung von Tempo 30 an bestimmten Orten vorstellen.“ Außerdem gäbe es Schulen, die von den Kindern ohne Gefahr erreicht werden könnten, weil dort ausreichend Ampeln sowie Rad- und Fußwege vorhanden seien.

Im Fall von Krankenhäusern, Seniorenheimen und Behinderteneinrichtungen sieht die Sozialdemokratin Probleme. „Da gibt es ja im Prinzip an jeder Ecke etwas. Das würde einem flächendeckenden

Tempo 30 schon sehr nahe kommen, und das ist nicht Sinn der Übung.“

Nils Linge, Sprecher des ADAC Weser-Ems, fürchtet, dass hinter dem grünen Antrag die Einführung eines stadtweiten Tempo 30 stecken könnte. „Bei Kindergärten und Schulen finden wir die Forderung richtig, solange das im Einzelfall geprüft wird. Für die anderen Einrichtungen sehen wir das kritisch.“ Das bestehende System mit dem Tempostufen 30, 50 und 70 Stundenkilometern sei sinnvoll und funktio-

„Bei Kindergärten und Schulen finden wir die Forderung richtig.“

Nils Linge, ADAC

niere sehr gut, so Linge.

Argwöhnisch betrachtet der CDU-Verkehrsexperte Heiko Strohmann den Vorstoß. „Da ich Ralph Saxe kenne, bin ich skeptisch, dass das, was er uns erzählt, auch wirklich so gemeint ist. Ich vermute dahinter eine Salamiaktik, an deren Ende überall in Bremen 30 Stundenkilometer gelten soll.“ Bei Schulen und Kitas könne er Saxes Idee nachvollziehen, aber bei „Senioren- und Behinderteneinrichtungen besteht wohl kaum die Gefahr, dass deren Bewohner unkontrolliert auf die Straße rennen.“

Den Versuch, von anderen Versäumnissen in der Verkehrspolitik abzulenken, vermutet Klaus-Rainer Rupp von der Linken. „Man kann an den genannten Stellen gerne Tempo 30 einführen, aber es darf doch nicht sein, dass so ein Schaufensterantrag gestellt und gleichzeitig der Nahverkehr außer Acht gelassen wird.“ Die Liste der Versäumnisse von Rot-Grün sei in diesem Bereich lang. Als ein Beispiel führt er die Probleme bei Straßenbahnen an.

Insbesondere im Bereich von Krankenhäusern sieht Rainer Buchholz, verkehrspolitische Sprecher der FDP, die geforderte Neuregelung kritisch. „Dort kann ich mir Tempo 30 nicht vorstellen. Der rasche Zugang für Notärzte und Krankenwagen muss gewährleistet sein.“ Grundsätzlich sei auch zu bedenken, dass Bremen eine Autofahrerstadt und ein Logistikdrehscheit sei. „Es muss sich daher seine Mobilität erhalten“, sagt Buchholz.

Jens Tittmann, Sprecher des Baureports, erklärt, dass man dem Bürgerantrag grundsätzlich sehr aufgeschlossen gegenüberstehe. Man prüfe bereits jetzt, wo die Regelung künftig greifen könne. „Um schnell handlungsfähig zu sein, wenn es einen Beschluss gibt.“ Saxe hofft, dass der Antrag bereits in der Oktobersitzung behandelt wird. Die Kosten für die neue Regelung schätzt er als „unerheblich“ ein.

Braucht Bremen mehr Tempo-30-Zonen? Scannen Sie das Foto mit der Live-App und stimmen Sie ab.

BRANDANSCHLAG 3000 Euro Belohnung

Bremen. Die Staatsanwaltschaft hat eine Belohnung von 3000 Euro für Hinweise ausgesetzt, die dazu führen, dass die Täter ermittelt werden, die am 26. September den Brandanschlag in Bremen-Nord verübt haben. In den frühen Morgenstunden war ein Großraumzelt in der Ermlandstraße, Ecke Kreinsloger Straße, das für die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen war, in Brand gesteckt worden. Staatsanwaltschaft und Polizei fragen, wer in der Nacht zwischen 1 und 4 Uhr auffällige Beobachtungen gemacht hat oder sonstige Kenntnisse über die Täter hat. Hinweise nimmt der Kriminaldauerdienst der Polizei Bremen unter Telefon 3623888 entgegen. Es besteht auch die Möglichkeit, Hinweise vertraulich abzugeben.

FALSCHER POLIZISTEN Ohne Beute geflüchtet

Bremen. Betrüger haben sich als Polizisten ausgegeben und in Woltmershausen versucht, Beute zu machen. Bei einem 84-jährigen gaben sie vor, dass sie wegen vermehrter Diebstähle Bargeld und Wertgegenstände des Mannes überprüfen müssten. Als die Männer Schränke nach Wertgegenständen durchsuchten, kamen dem 84-jährigen Zweifel. Er forderte sie auf, die Wohnung zu verlassen, die Täter flüchteten ohne Beute. Die Polizei weist darauf hin, dass sie niemanden aufsuchen oder anrufen und nach Wertgegenständen befragen. Bei Zweifeln an der Echtheit von Polizisten kann der Kriminaldauerdienst unter Telefon 3623888 angerufen werden.

Konflikt um Abgeordnete in Aufsichtsräten

Parlamentarier sollen die Kontrollgremien öffentlicher Unternehmen verlassen / Ausnahme Gewoba

VON WIGBERT GERLING

Bremen. Ob Bremer Straßenbahn AG oder Weser-Stadion GmbH, ob Hafengesellschaft Bremenports oder Wirtschaftsförderung Bremen GmbH – Abgeordnete sollen in den Aufsichtsräten dieser öffentlichen Unternehmen keinen Platz mehr bekommen. Dies ist die Tendenz eines Beschlusses, den die rot-grüne Landesregierung voraussichtlich am Dienstag fasst. Die Absicht, die Parlamentarier vor allem durch Vertreter der Verwaltung zu ersetzen, sorgt für Widerstand. Die Grünen haben erreicht, dass der geplante Kabinettsbeschluss verschoben wurde. Und Oppositionsführer Thomas Röwekamp (CDU) fordert, dass „die Absicht des Senats gestoppt“ wird.

Nach der Bürgerschaftswahl 10. Mai betrachtete es die neue Landesregierung als ihre Pflicht, in der Rolle des Arbeitgebers die Besetzung der Aufsichtsratsitze in öffentlichen Firmen zu überprüfen. Ursprünglich sollte der Katalog mit den Namensvorschlägen bereits am Dienstag vor einer Woche beschlossen werden, aber die Grünen signalisierten am Tag zuvor, dass ein Beschluss verfrüht wäre.

Weil es um ihre Mandate geht, fühlen sich Parlamentarier ausgeschlossen: „Die beabsichtigte Neubesetzung der Aufsichtsgremien“, so CDU-Fraktionschef Röwe-

kamp, „ist ein mit dem Parlament unabgestimmter Bruch bewährter Kontrollbefugnisse.“ Insbesondere bei der Wirtschaftsförderung, den Hafens- und Verkehrsbetrieben gehe es um „Entscheidungen auch von erheblicher politischer Bedeutung und haushalterischer Relevanz“. Röwekamp betonte, dem rot-grünen Senat gehe es „offenbar um intransparente Entscheidungen in Hinterzimmern und den Ausschluss der Opposition“.

Nach dem Plan der Landesregierung würden beispielsweise bei der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB) drei Parlamentarier ihre Sitze verlieren. Verbunden wird dies mit der Tendenz, die Kontrollgremien insgesamt zu verkleinern. Bei der Bremer Straßenbahn AG würden laut Senatskonzept ebenfalls drei Parlamentarier ihre Mandate aufgeben, und dort aber unter anderem durch hochrangige Beschäftigte aus dem Rathaus oder dem Finanzressort ersetzt zu werden. Gleiches soll demnach für die Bremer Weser-Stadion GmbH gelten. Und auch bei Bremenports wären künftig keine Abgeordneten mehr vertreten.

Eine Ausnahme kann allein die Wohnungsgesellschaft Gewoba machen, die mehrheitlich ebenfalls in bremischem Besitz ist. Dort gehörten dem Aufsichtsrat – neben dem grünen Bausenator Joachim Lohse – auch weiterhin Parlamentarier an.



Christian Weber.
FOTO: KOCH

Dies trägt dazu bei, dass Bürgerchaftspräsident Christian Weber für einen weiteren Aufschub wirbt. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb Abgeordnete in anderen Aufsichtsräten ihren Sitz verlieren sollten, bei der Gewoba hingegen nicht. Diese Unwucht sei ein Zeichen dafür, dass über die künftige Besetzung öffentlicher Kontrollgremien noch diskutiert werden und der Senat am Dienstag noch keine Entscheidung treffen sollte.

In der SPD-Fraktion wird argumentiert, dass Parlamentsmandat und Aufsichtsratsitz zu Interessenskonflikten führen könnten. „Als Aufsichtsratsmitglied ist man dem Unternehmen verpflichtet – als Abgeordneter muss man politische Entscheidungen fällen“, so der Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe. Dies sei nicht in jedem Fall dasselbe, betonte der Sozialdemokrat, der als ein Architekt der Neuregelung gilt.

Bei den Grünen gab es dem Vernehmen nach in der Fraktionssitzung am vergangenen Montag unter anderem Probleme mit dem geplanten Aus für Abgeordnete bei der Bremer Straßenbahn AG. Die bisher drei Parlamentarier würden ersetzt durch zwei Beschäftigte aus den Behörden und einem externen Kandidaten. Gefragt nach den Hintergründen des Aufschubs im Senat verwies am Sonntag die grüne Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer auf die Frauenquote. „Wie hatten noch Klärungsbedarf mit dem Regierungspartner SPD, weil die Quote nicht überall eingehalten wird.“



Verhängnisvollerweise entlarven sich gerade die Idealisten und Utopisten sofort nach ihrem Sieg fast immer als die schlimmsten Verräter am Geist. Denn Macht treibt zu Allmacht, Sieg zu Missbrauch des Sieges.

STEFAN ZWEIG (1881–1942)

TACH AUCH

1001 Nacht

VON BERND MEIER

Ein steter Quell des Frohsinns ist der regelmäßig erscheinende bunte Katalog des Handelshauses, das einst mit Kaffeeladen begann und heute so gut wie alles auf den Markt wirft. Irgendwo in diesem großen Laden muss jemand sitzen, der sich für Kleidungsstücke jeglicher Art immer wieder Namen ausdenkt, die den Lachmuskel und das Gehirn gleichermaßen aktivieren. Nach dem Wendeschlafanzug, dem Multifunktionshirt und vielen anderen hübsch benannten Dingen habe ich dort jetzt die „Haremshose“ entdeckt. Laut Katalog hat sie zwei Eingriffstaschen und eine weite Passform. So weit, so zweckmäßig. Nur: Wo bleibt die Sultanshose? Und wenn die Haremshose nicht nur für sie, sondern auch für ihn gedacht ist, sollte man sie dann nicht besser Uni-Sex-Hose nennen? Aber das klingt natürlich längst nicht so geheimnisvoll.

Treffpunkt Arche stellt Betrieb ein

Kirche fehlt das Geld

Bremen (brm). Der Treffpunkt Arche an der Schwachhauser Heerstraße wird zum Ende des Jahres seinen Betrieb einstellen. Seit 1999 bietet der Verein in den Räumen der Erlöserkirche Seminare, Kurse und Gesprächskreise an, außerdem ein Café für Flüchtlinge und eines für Senioren. Bereits im April hatte Vereinsvorsitzende Susanne Nießner-Brose das Aus des Treffpunkts prognostiziert, wenn sich dessen finanzielle Lage nicht bald deutlich stabilisiere.

Das größte Problem bestehe darin, dass die Gemeinde der Erlöserkirche nicht länger in der Lage sei, den Verein finanziell zu unterstützen, erklärt Nießner-Brose, Pastorin der Erlöserkirche. Die Rede ist von rund 12000 Euro jährlich. Eine Förderung durch die Stadt sei zwar punktuell für einzelne Veranstaltungen erfolgt, aber bei weitem nicht in der Größenordnung, die es zum langfristigen Erhalt des Treffpunkts brauchen würde, erklärt die Vereinsvorsitzende. Die Flüchtlingsarbeit der Arche werde aber auch im kommenden Jahr weitergeführt, dann allerdings unter dem Dach der Erlöserkirche.

MESSERSTECHEREI

Opfer in Fesseln abgeführt

Bremen. Bei einer Messerstecherei auf dem Bahnhofplatz ist am Sonnabendabend ein 18-Jähriger durch zwei Stiche schwer verletzt worden. Er war mit einem 16-Jährigen in Streit geraten, der dann mit einem Messer auf ihn eingestochen hatte. Bei dem Streit waren die beiden zunächst mit Fäusten aufeinander losgegangen, als der Jüngere plötzlich ein Messer zog. Der 18-Jährige zerbrach daraufhin eine Bierflasche und ging damit auf den 16-Jährigen los. Der stach dem anderen dann in den Oberkörper und den Oberschenkel und flüchtete. Ein Taxifahrer stoppte ihn, Polizisten nahmen den 16-Jährigen fest. Der 18-Jährige ging laut Polizei trotz seiner Verletzungen mit großer Aggressivität gegen die Beamten vor. Er trat und spuckte um sich, so dass ihm Handfesseln angelegt werden mussten. Erst dann konnte er in eine Klinik gebracht werden. Lebensgefahr bestand nicht für ihn.

PKW-BRAND

Audi steht in Flammen

Bremen. Bei einem Pkw-Brand in Gröpelingen ist in der Nacht zu Sonnabend ein Audi zerstört worden. Er stand auf einem Garagenhof im Schwarzen Weg. Ein Zeuge hatte den Feuerschein gesehen und die Feuerwehr alarmiert. Ein dort ebenfalls abgestellter Saab brannte am Heck, und auch auf ein Garagentor hatten die Flammen schon übergreifen. Bei einem etwas weiter abgestellten Audi war die Scheibe der Fahrertür eingeschlagen. Zeugen, die in der Nacht Beobachtungen gemacht haben, werden gebeten, sich bei der Polizei unter Telefon 3623888 zu melden.